

Gießener LINKE

Stadtfraktion

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1924/2019**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 21.10.2019

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Matthias Riedl, Fraktion Gießener LINKE

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

Jüdisches Gemeindeleben in Gießen schützen

- Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 21.10.2019 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die jüdische Gemeinde in Gießen wird durch die Stadt bei den, durch das LKA Hessen angemahnten, Sicherheitsverbesserungen finanziell unterstützt, so dass die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Gemeinde vor antisemitisch motivierten Gewalttaten umgesetzt werden können.
- Die Stadtverordnetenversammlung bedauert, dass solche Schutzmaßnahmen am Gemeindehaus und der Synagoge der Gießener*innen jüdischen Glaubens auch über 70 Jahre nach der Befreiung vom deutschen Faschismus weiter notwendig bleiben.
- Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest: Antisemitismus hat keinen Platz in unser Stadt und Gesellschaft. Wer den Holocaust leugnet, oder Gewalttaten gegen Menschen jüdischen Glaubens rechtfertigt, oder gar selbst begeht, steht außerhalb unseres gesamtgesellschaftlichen Grundkonsenses.
- Die Stadtverordnetenversammlung stellt des Weiteren fest: Menschen jeglicher religiösen Glaubensrichtung und Herkunft sind Teil der Stadtbevölkerung und sind in ihrer Vielfalt Identitätsstiftend für die Universitätsstadt Gießen.“

Begründung:

Antisemitisches Gedankengut ist weiterhin in viel zu vielen Köpfen in Deutschland präsent. Immer noch und nach wie vor werden Menschen jüdischen Glaubens in Teilen der Bevölkerung als „Wurzel allen Übels“ und „Weltverschwörer*innen“ tituiert und verstanden. Nicht selten werden dabei in Foren, Chatgruppen und an den Stammtischen eliminatorische Gedanken gegenüber unseren Mitbürger*innen jüdischen Glaubens formuliert. Geschah dies vor einigen Jahren noch hinter vorgehaltener Hand, hat das Erstarken rechtsradikaler Parteien und deren Kommunikationsstrategie der Grenzüberschreitung und Tabubrüche, wie z.B. ein Ablehnen, der Verantwortungs- und Erinnerungskultur an den Holocaust („Denkmal der Schade“, „Vogelschiss“, „Soros-Bande“) dazu maßgeblich beigetragen, dass diese Gedanken in der Bevölkerung nun nicht nur wieder lauter formuliert werden, sondern auch Täter*innen sich dadurch wieder vermehrt motiviert fühlen, Kapitalverbrechen gegen Leib und Leben unserer jüdischen Mitbürger zu begehen. Mit dem Bewusstsein dieser akuten Bedrohungslage gegenüber der jüdischen Gemeinden in Deutschland, aber auch in Gießen, ist ein Unterstützen dieser bei der Ertüchtigung der, bedauernswerterweise, notwendigen Schutzmaßnahmen das mindeste, was die Stadt Gießen hier leisten muss. Das LKA Hessen hat diesbezüglich bei der Jüdischen Gemeinde in Gießen, wie von Herrn Dr. Dow Aviv in einem Zeitartikel vom 11.10. der Gießener Allgemeinen dargelegt, Verbesserungsmaßnahmen angemahnt, die jedoch aus Kostengründen bisher noch nicht umgesetzt werden konnten.

Matthias Riedl
Fraktionsvorsitzender